

VDB e.V. Bundesgeschäftsstelle, Gisselberger Str. 10, 35037 Marburg

Bundesminister für Wirtschaft und  
Klimaschutz  
Dr. Robert Habeck  
Scharnhorststraße 34-37  
10115 Berlin

VDB e.V.  
Bundesgeschäftsstelle  
- Bereich Interessenvertretung  
-  
Gisselberger Str. 10  
35037 Marburg

Tel. +49 (0)64 21/480 75-00  
Fax +49 (0)64 21 /480 75-99  
interessen@vdb-waffen.de  
www.vdb-waffen.de

Marburg, 27.01.2025

## Ihre Forderung nach psychologischen Attesten für Schusswaffen

Sehr geehrter Herr Dr. Habeck,

wir sind der Verband Deutscher Büchsenmacher und Waffenfachhändler e.V. (VDB). Wir setzen uns für ein praxistaugliches, freiheitliches, verständliches und vollziehbares Waffenrecht ein und stehen für den verantwortungsvollen, friedlichen und sicheren Umgang mit Waffen in den Händen von Privatpersonen. Dabei müssen sowohl die Belange der öffentlichen Sicherheit als auch die der freiheitlichen Zivilgesellschaft gleichberechtigt berücksichtigt werden, ohne dass dabei ein Übermaß an bürokratischen Hürden entsteht.

Neben der Planungssicherheit sind eindeutige und verlässliche gesetzliche Rahmenbedingungen die Eckpfeiler unserer Branche, des legalen Waffenfachhandels. Als überwiegend mittelständisch oder familiär geführte Wirtschaftsunternehmen benötigen wir von der Politik Unterstützung und Entlastung, um weiterhin flächendeckend die Versorgung für unsere Kunden sicherstellen zu können. Wir positionieren uns klar, auch über unsere Mitglieder, gegen jede missbräuchliche Verwendung von Waffen.

Am 13.01.2025 haben Sie sich im Interview mit der Funke Mediengruppe und der französischen Zeitung wie folgt geäußert: „Waffen dürften nicht in die falschen Hände geraten. Wer sich eine Waffe besorgen will, sollte ein psychologisches Attest vorlegen müssen“ und „Psychologisch instabilen Tätern würde man den Zugang zu Schusswaffen so erschweren“.

Wir teilen Ihre Ansicht, dass Waffen nicht in die Hände von psychisch kranken Personen gehören. Verpflichtende psychologische Atteste für den Erwerb von Schusswaffen sind jedoch in der Realität keine Lösung für dieses Problem. Denn bei psychologischen Attesten handelt es sich um reine Momentaufnahmen. So wurde der Messerattentäter im Zug bei Brokstedt „regelmäßig und anlassbezogen von einem Psychiater aufgesucht, der auch kurz vor der Entlassung des Tatverdächtigen keine Fremd- und keine Selbstgefährdung festgestellt hat.“

Die Pflicht zur Vorlage eines psychologischen Attestes schafft unverhältnismäßige Belastungen im gesamtgesellschaftlichen Kontext. Bereits im Schriftsatz vom 27.08.2024 an Ihr Büro haben wir eindrücklich beleuchtet, dass Verschärfungen im Waffenrecht nur rechtschaffene Bürger treffen, Behörden und Unternehmen unnötig belasten, aber keine Kriminellen davon abhalten, gegen unser Grundgesetz und das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit zu verstoßen. Schon heute unterliegen legale Waffenbesitzer in Deutschland strengen Zuverlässigkeitsprüfungen, die regelmäßig wiederholt werden.

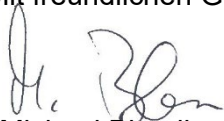
Sind Tatsachen bekannt, die Bedenken gegen die persönliche Eignung einer Person zum Waffenbesitz begründen, so können psychologische Gutachten durch die Waffenbehörde angeordnet werden. Damit hiervon entsprechend zeitnah Gebrauch gemacht werden kann, müssen die Waffenbehörden personell aufgestockt und von unnötiger Bürokratie entlastet werden.

Ein psychologisches Attest würde jedoch wieder neue Dimensionen der Bürokratie eröffnen, ohne dass ein Sicherheitsgewinn erzielt wird. Psychisch instabile Personen, die Waffen für kriminelle Zwecke nutzen wollen, bedienen sich zudem in der Regel der illegalen Märkte und nicht der streng regulierten Wege, die Inhaber einer waffenrechtlichen Erlaubnis offenstehen. Die Einführung eines solchen Gutachtens trifft somit ausschließlich rechtstreue Bürger und lenkt von den tatsächlichen Gefahren ab. Die Kapazitäten von Ärzten würden durch eine solche Regelung erheblich belastet, während die Persönlichkeitsrechte der Antragsteller unverhältnismäßig eingeschränkt werden.

Folglich sollte der Fokus darauf liegen, das Waffenrecht in seiner Komplexität zu entschlacken, um es wieder verständlich und anwendbar zu machen, die Waffenbehörden zu entlasten, die Justiz zu stärken, den illegalen Waffenhandel stärker zu bekämpfen und die bestehenden Kontrollmechanismen auszuschöpfen. Sicherheit entsteht durch gezielte und wirksame Maßnahmen, nicht durch Symbolpolitik, die am Kern des Problems vorbeigeht.

Sehr geehrter Herr Dr. Habeck, gerne stehen wir für einen persönlichen Austausch bereit und unterstützen Sie mit unserer und der Expertise unserer Mitglieder.

Mit freundlichen Grüßen



Michael Blendinger  
Präsident



Frank Satzinger  
1. Vizepräsident



Achim Schäfer  
2. Vizepräsident (Schatzmeister)